

geplante vorhaben in 1981

zwischenbilanz

erledigte vorhaben bis 1984

Zeichnung: Christa Albes-Hübschen

Verantwortlich:

Werner Schmigelski, 4504 Georgsmarienhütte, Haseldehnen 17, Tel. 23 13
Fr. Wilh. Schneider, 4504 Georgsmarienhütte, Papiermühle 64, Tel. 4 08 05

Herausgeber

CDU

Georgsmarienhütte

Die Hälfte der Wahlperiode ist bereits verstrichen, so daß es angebracht ist, einmal Bilanz zu ziehen über das Erreichte und zu überlegen, was noch bis Ende 1986 zu schaffen ist.

Es ist eine alte Erfahrung, daß in einer Familie oft deshalb Krach herrscht, weil kein Geld da ist.

Ein unbestechlicher Maßstab für die Frage, ob Politiker Versprechen einhalten, sind die Wahlprospekte vor der Wahl. Wenn man diese einmal durchblättert, kommt man zu folgendem Ergebnis:

1. Unsere finanzielle Lage ist noch erheblich schlechter als befürchtet. Wohl in keiner anderen Stadt der Bundesrepublik Deutschland ist die Folge der Stahlkrise so empfindlich durchgeschlagen wie in Georgsmarienhütte. Das soll eine Zahl erläutern: Hatten wir noch vor einigen Jahren ein Gewerbesteueraufkommen von über 10 Millionen DM pro Jahr, müssen wir uns heute mit etwa der Hälfte begnügen. Das bedeutet, daß wir bei unseren Planungen ein Minus von 5 Millionen DM berücksichtigen müssen. Für eine Stadt von unserer Größe bleibt dabei für irgendwelche Vorhaben nicht der geringste Raum.

Leider können wir trotz aller Bemühungen die Stahlkrise von hier aus nicht beeinflussen. Das Schicksal der Klöckner-Werke wird nicht hier, nicht einmal in Duisburg oder in Bonn, sondern auf europäischer Ebene entschieden.

Wir können froh sein, daß unsere Vorgänger in den Räten der Region Georgsmarienhütte vor zwei Jahren den Mut und die Weitsicht hatten, in Harderberg und in der Osterheide neue Gewerbegebiete zu schaffen und zu finanzieren. Ohne dieses politische Gefühl für die Zukunft hätten wir heute doppelt so viel Arbeitslose in unserer Stadt.

2. Es ist eine alte Erfahrung, daß in einer Familie oft deshalb Krach herrscht, weil kein Geld da ist. Ob die schlechte Zusammenarbeit im Rat und in den Ausschüssen nun mit unserer Finanznot zusammenhängt, kann man bezweifeln. Man kommt der Wahrheit sicherlich näher, wenn man die erstmalig seit der letzten Wahl herrschende Verrohung der Sitten im Umgang miteinander mit der neu dazugekommenen UWG-Fraktion in Zusammenhang bringt.

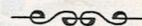
Was hier in den letzten Monaten und Jahren an persönlicher Verunglimpfung, an unnötiger Belastung der Verwaltung, an Verantwortungslosigkeit und an quälender Belastung der Ratsarbeit zusammenlief, hat es bisher nie gegeben.

Was hier in den letzten Monaten und Jahren zusammenlief, hat es bisher nie gegeben

Weit über die Hälfte der Wähler unserer Stadt schenkte uns 1981 ihr Vertrauen. Für uns Verantwortung und Verpflichtung, diesem entgegengebrachten Vertrauen gerecht zu werden. In einer Zwischenbilanz legen wir dem Wähler nochmals unsere 1981 getroffene Wahlaussage vor und stellen die bisher erzielten Ergebnisse gegenüber.

Der Wähler selbst soll entscheiden, ob und wie weit die Versprechen eingehalten sind. Mit Klarheit stellen wir zu Beginn heraus: **Für den "Ist Bestand" trägt die Mehrheitsfraktion die Verantwortung.** Keine Entscheidung ist ohne die CDU-Fraktion möglich, so daß wir im Gegensatz zu den anderen im Rat vertretenen Gruppen auch für Fehlleistungen einstehen. **Verantwortung für die Allgemeinheit bedeutet durchaus auch Entscheidung gegen ein Einzelinteresse.**

Der gute Ton



WÜTEND brach der Dirigent ab und schrie das Orchester an: „Meine Herren, wenn Sie nicht zusammen anfangen können – gut, verstehe ich. Wenn Sie die richtigen Töne nicht treffen – na ja. Aber versuchen Sie doch wenigstens, dasselbe Stück zu spielen!“

J. A. V. R.



DAS LEBEN ist viel zu kurz, um herauszufinden, worum es überhaupt geht.

D. L.

DAS BESTE AUS READER'S DIGEST

Folgende Ziele haben wir uns gesetzt:
August 1981

Was ist geschehen?

Arbeitsplätze sichern und Jugendarbeitslosigkeit verhindern — durch Ansiedlung flexibler mittelständischer Betriebe; Ergänzung der Industrieparks Harderberg und Osterheide

- weitere Betriebsansiedlungen in den beiden Gewerbeparks
- A 33 als wesentlicher Grund für weitere Ansiedlung
- Krise in der Stahlindustrie hat zu Initiativen und Aktivitäten auf Kreis-, Landes-, Bundes- und Europa-Ebene geführt.
- Erhöhung der Anzahl von Ausbildungsplätzen in der eigenen Verwaltung
- Mehrere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Stadt GMHütte
- Umsiedlung von Betrieben aus Wohngebieten in Gewerbegebiete

Schulden abbauen — durch maßvolle Ausgabenpolitik und Verzicht auf spektakuläre Bauvorhaben

- Energiesparmaßnahmen in städtischen Gebäuden
- Einschränkungen im Verwaltungshaushalt
- keine große Baumaßnahme außer Kläranlage im Vermögenshaushalt
- Verzicht auf Mehrzweckhalle
- Verzicht auf eigenes Bauhofgebäude
- Verzicht auf Erweiterung von Schulgebäuden
- Einsparungen in der Jugendarbeit
- Einsparungen in der Unterstützung kultureller und sportlicher Vereine und Verbände
- Intervallreinigungen in öffentlichen Gebäuden
- Übertragung der Reinigungsarbeiten auf Privatfirmen
- Überarbeitung von Gebührensatzungen

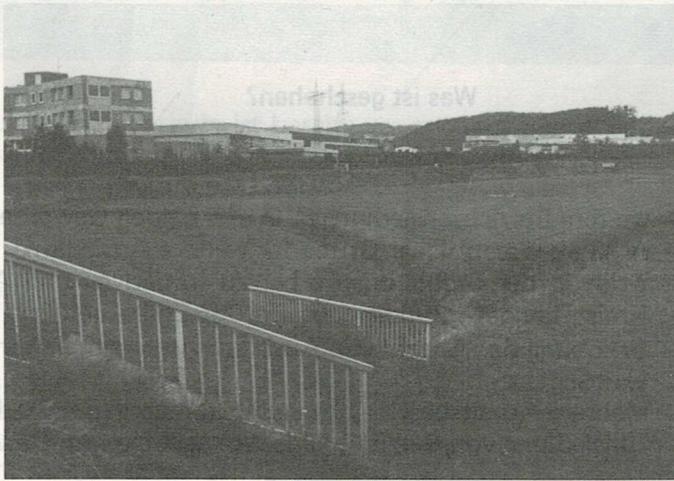
Wir danken an dieser Stelle den Vereinen und Verbänden für das von ihnen entgegengebrachte Verständnis für unsere Sparbeschlüsse.

Umweltschutz beachten — durch Schaffung eines Ausschusses für Umweltschutz mit folgenden Aufgaben: Kontrolle der Pläne der Stadt GMHütte auf umweltfreundliche Gestaltung; Einwirken auf die heimische Industrie und die Privathaushalte, Landschaft — Lärm- und Naturschutz beachten; Weiterentwicklung der gewachsenen Kulturlandschaft unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Pflanzen- und Tierwelt und der Schaffung wohnnaher Erholungsgebiete

- Schaffung eines Ausschusses; sachliche Differenzen gehen sehr oft quer durch die Fraktion, da Bereiche vieler anderer Ausschüsse berührt werden.
- Ausbau der Kläranlage
- Ausbau von Regenrückhaltebecken zu kleinen Feuchtbiotopen

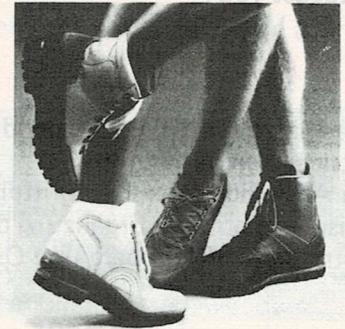


Feuchtbiotop Kiewitzheide



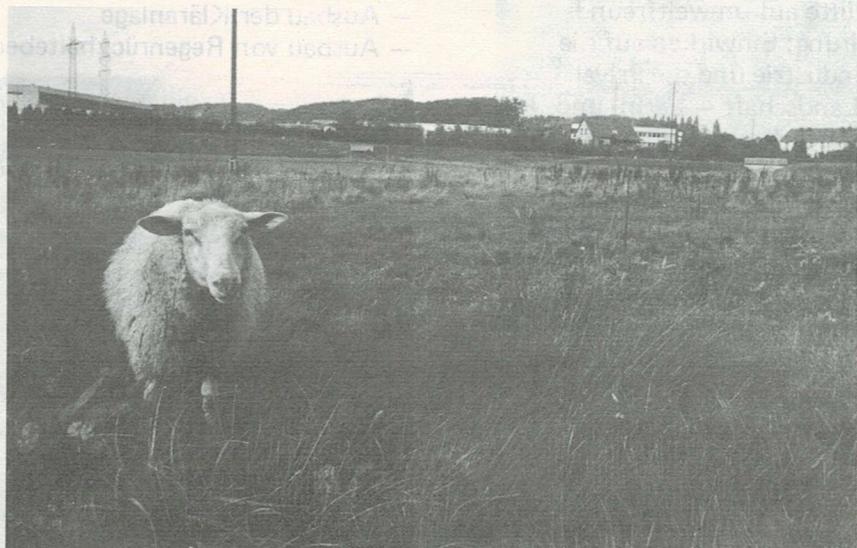
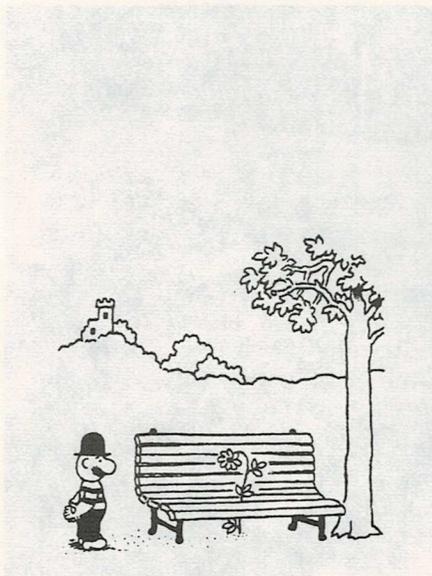
Regenrückhaltebecken mit Bolzplatz

- Landschafts- und Grünordnungspläne
- Sondermüllaktionen
- Weitgehender Verzicht auf Verwendung von Streusalz im Winterdienst
- Dauerkleingartengelände
- Bebauungspläne auf Umweltfreundlichkeit prüfen
- Gespräche sowie Anregungen an Firmenleitungen wegen der Emissionswerte



Festlegen der Stadtentwicklung durch abschließende Festsetzung noch möglicher Baugebiete, durch Bestimmung endgültiger Grenzen zwischen Baugebieten und natürlicher Landschaft, Schließung von Baulücken, Sicherung von preiswertem Baugebiete für junge und kinderreiche Familien.

- Flächennutzungsplan geändert
- von 41 im Verfahren befindlichen Bebauungsplänen sind bis heute 14 abgeschlossen
- Kulturzentrum: Schaffung umfangreicher Mietwohnungen
- Teckelhagen: Beginn und Erschließung in Kürze
- Carl-Stahmer-Weg: Errichtung der Sporthalle
- Zuckerhut: Planung von Ein- und Zweifamilienhäusern
- Hohe Linde: Neubaugebiet in Kloster Oesede
- Im Brooke: Schließung einer Baulücke in Dröper
- Malberger Esch: Abrundung in Malbergen, stadteigenes Gelände für junge, kinderreiche Familien
- Festlegung der Grüngürtel



Grün in unserer Stadt

- Ausweitung weiterer Gewerbeflächen
- Sicherung der Regenrückhaltung
- Problembereiche zwischen baulicher und agrarischer Nutzung angegangen
- Ansiedlung von Gewerbebetrieben
- Ausweitung von Parkflächen

Wohnqualität verbessern –

Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durchführen unter besonders starker Beteiligung der Bürger; Neutrassierung der B 51 in Oesede-Süd zum Schutz der dort wohnenden Bevölkerung wird nur zugestimmt, wenn gleichzeitig die bisherige Herrenreststraße geschlossen wird (außer für den öffentl. Nah- und forstwirtschaftlichen Verkehr) und die Umgehung von Bad Iburg verwirklicht wird; Aus- und Neubau von sinnvollen Spiel- u. Bolzplätzen

- Bürgergespräche und -beteiligung der Verkehrsberuhigungskonzepte Sutfeld, Oesede Nord/Harderberg, Oeseder Straße
- Versuch Oeseder Straße gelaufen: Neue Überlegungen nötig, Erarbeitung eines neuen Konzeptes
- Sutfeld I.: schon verkehrsberuhigt ausgebaut



Verkehrsberuhigung

- Oesede Nord/Harderberg: Auftrag vergeben
- Anträge auf verkehrsberuhigende Maßnahmen liegen zur Beratung vor (Gerhart-Hauptmann-Str./Untere Findelstätte)
- Unterstützung der Bürger oder Vereine bei Übernahme von Patenschaften für Bäume, Unterhaltung von Grünanlagen usw.
- Beschlußlage zur B 51 unverändert
- Sutfeld, Schoonebeekstr., Nordstr.
- Hospitalweg



Hospitalweg

Innerörtliche Verkehrswege verbessern –

Abschluß des Ausbaus der Siedlungsstraßen: Ausbau der L 95 von Kloster Oesede über Oesede und Alt-GMHütte bis zur Stadtgrenze mit Fuß- und Radweg; stärkerer Bau von Radwegen, wo sie nötig sind, möglichst durch einen Grünstreifen von der Fahrbahn getrennt und nicht hochbordig, geringere Fahrbahnbreiten beim Neubau von Siedlungsstraßen

- Fertigstellung Eschweg (Baugebiet)
- Fertigstellung Oesede Nord
- Ausbau des Frommeyerweges
- Teilausbau der Hindenburgstraße
- Zahlreiche Siedlungsstraßen sind noch nicht ausgebaut, hier macht sich unsere finanzielle Enge bes. bemerkbar!
- Ausbau der L 95 mit Radweg bis zum Kasino;



Radweg L 95



Radweg L 95

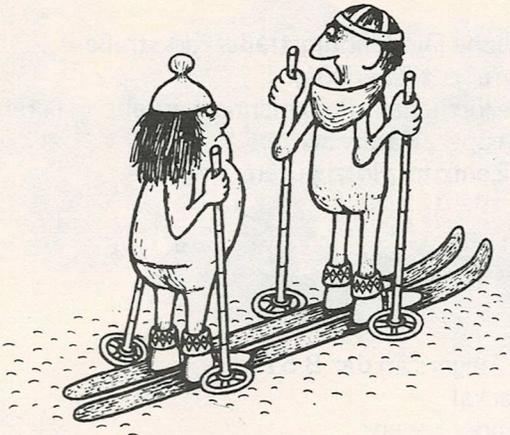
wir hoffen auf den Ausbau bis zur Hagener Straße noch in dieser Wahlzeit

- Radweg entlang der B 51 erstellt
- Radweg an der Kreisstraße nach Dröper
- Radweg entlang der Alten Heerstraße in Auftrag
- Radweg am Eschweg geplant
- Radweg an der von-Galen-Straße geplant
- Sicherung der Schulwege



Radweg L 95

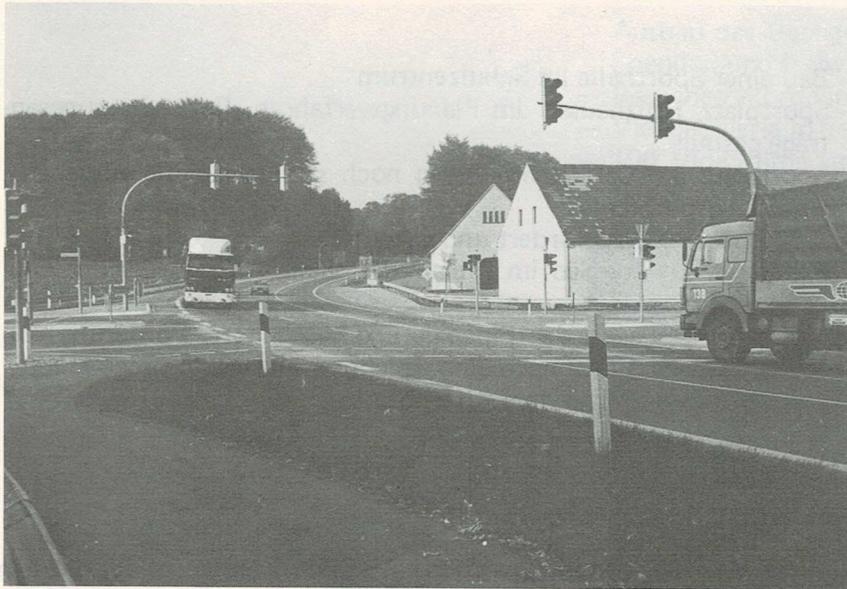
- Bauliche Veränderungen an der Kreuzung in Dröper bereits in Auftrag gegeben
- Ampelanlage in Kloster Oesede



„Herrgott, sind Sie immer noch da?“



Kreuzung Steiniger Turm B 68



Kreuzung Steiniger Turm B 68



- Ampelanlage in Oesede beschlossen
- Ausbau der Schulstraße
- Ausbau der Brückenstraße
- Ausbau der Kreuzstraße



Schulstraße



Kreuzstraße

Versorgung sichern und Nahverkehr ausbauen –

Ausbau und Neugestaltung der Hindenburgstraße; Förderung attraktiver Einkaufsmöglichkeiten; Heranführen der Buslinien an die neuen Wohngebiete; Berücksichtigung des innerörtlichen Bedarfs.

- Planung des Bereichs südliche Hindenburgstraße/Parkstraße
- Ausbau der Hindenburgstraße, z.T. erledigt
- Neue Buslinien im innerörtlichen Personennahverkehr (Hakeneschfeld, Kiewitsheide, Dröper, Harderberg)
- Baugenehmigung für das Zentrum Holzhausen

Naherholung fördern –

durch Aufforstung des „Grünen Fingers“ zwischen dem Oeseder Zentrum und dem Naturlehrpfad Hasenpatt; Renovierung und Erweiterung des Kasino-Parks unter Einbeziehung des Gebietes am Rehlberg bis zur Tal Sperre (Waldbad)

- Aufforstung des Grünen Fingers an der B 51
- Übernahme des Kasinoparks!
- Hinweistafeln an den Wanderwegen
- Aufarbeitung der archäologischen Besonderheiten in unserer Stadt
- Ankauf oder Anmietung von Grünflächen für die Rückhaltebecken
- Unterstützung der Heimatvereine

Schulsportstättenbau abschließen –

durch Bau von Sporthallen in Oesede-Süd und im Schulzentrum; Fertigstellung eines Sportplatzes am Carl-Stahmer-Weg

- Bau einer Sporthalle im Schulzentrum
- Sportplatz Holzhausen im Planungsverfahren, Bezuschussungsanträge gestellt
- Sportplatz am Carl-Stahmer-Weg noch nicht endgültig ausgebaut, Gründungsprobleme
- Kegelsportanlage gefördert und gebaut!
- Sporthalle Oesede-Süd im Kreis noch nicht an der Spitze der Prioritätenliste
- Mehrzweckhalle an der Finanzierung gescheitert, Forderung von Vereinen, Verbänden nach einer solchen Halle verstummen nicht.
- Umkleidekabinen auf dem Kiffenbrink

Jugendarbeit fördern –

Unterstützung der im Stadtjugendring zusammengeschlossenen Verbände und der Jugendarbeit in den Sportvereinen; besondere Förderung der offenen Jugendarbeit und Sorge für ein ausreichendes personelles und räumliches Angebot

- Arbeit im Jugendzentrum durch Anstellung einer Sozialarbeiterin effektiver
- Angebot an offener Jugendarbeit dadurch erweitert
- Infos zum Thema "Video"
- Novellierung der Richtlinien zur Jugendförderung
- Renovierungen/Instandsetzungen von Sporthallen und -plätzen (Harderberg, Oesede, Alt-GMHütte)

Eigenleistungen der Vereine sowie der Anlieger haben wir dankbar entgegengenommen!

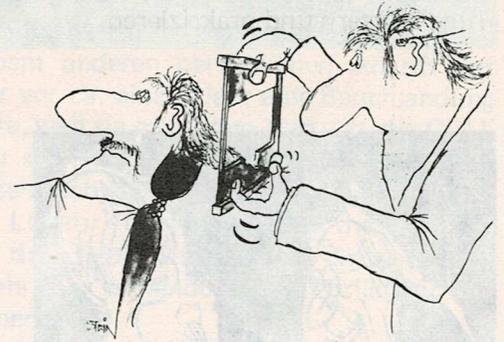
Das PROBLEM mit der heutigen Jugend ist, daß man selbst nicht mehr dazugehört.
Salvador Dalí

Kulturelles Angebot erweitern –
durch die Volkshochschule, Theater-gastspiele, Förderung von Musik-vorführungen und Ausstellungen; weiterer Aufbau unseres Heimat-museums.

- Entwicklung der Volkshochschule:
1981: 128 Kurse mit 2.380 Teilnehmern
1983: 236 Kurse mit 5.277 Teilnehmern
- Unterrichtsstunden in 1984: über 6.000
- Unterstützung und Hilfe für viele Arbeitslose in Kursen oder als Kursleiter
- Georgsmarienhütter Gespräche als Erfolg in der kulturpolitischen Szene der Bundesrepublik
- Heimatmuseum, das Kleinod der städtischen Kulturarbeit

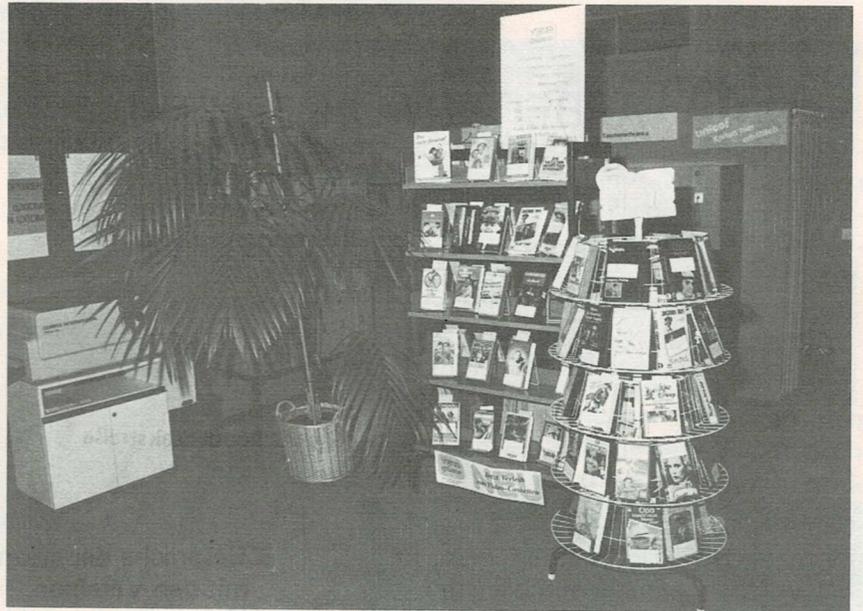


Volkshochschule

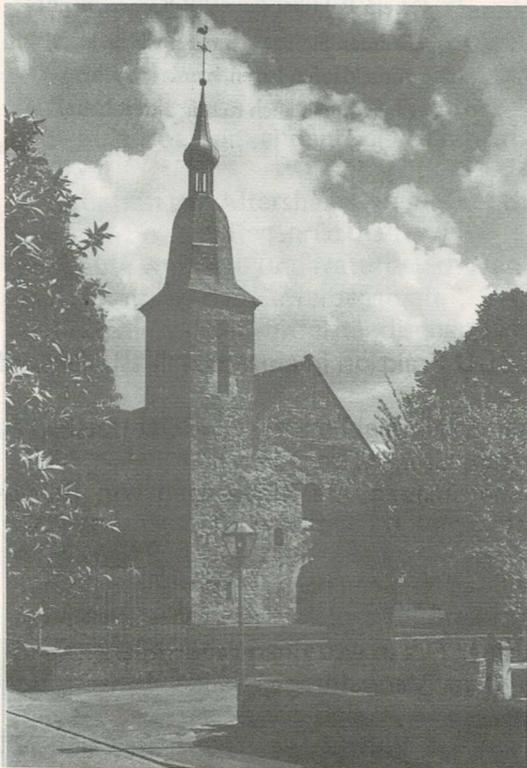


„... tja, und dann bin ich doch Friseur geworden“

- Ausbau des Dachgeschosses unseres Museums mit Hilfe zahlreicher Spenden und freiwilliger Arbeitsleistung
- Besucherrekorde im Heimatmuseum
- Video-Galerie in der Stadtbibliothek
- 100 Videofilme stehen zur Verfügung, weitere 60 folgen (Alternative zum Video-Markt!)



Video-Galerie

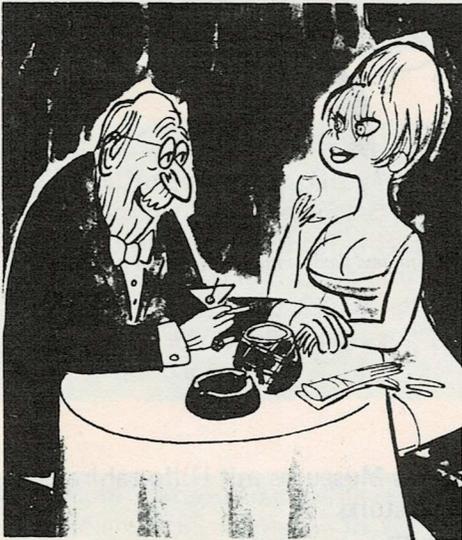


Kirche Kl. Oesede

- Anstöße durch Resolution zum Schutz der Baudenkmale für die nieders. Landesregierung
- Verbleib in der Kreismusikschule
- Finanzielle Unterstützung der kath. Kirchengemeinde bei der Klosterrenovierung
- Unterstützung von Konzerten und Musikaufführungen
- Bau von Schutz-/Grillhütten, Eigeninitiativen unterstützt
- Hüttenmahlzeit (Bohnen mit Speck) und Hüttenmarkt sind neue Attraktionen

Trotz großer Einsparungen gerade auf dem kulturellen Sektor entstanden hier durch Einfallsreichtum und Tatkraft bemerkenswerte Neuheiten!

Ausländerprobleme angehen – durch einen ständigen Ausländerbeirat die Probleme des miteinander Lebens und die Möglichkeiten der Eingliederung erörtern und praktizieren.



- Beirat noch nicht geschaffen
- Zahlreiche Gespräche mit ausländischen Mitbürgern, Vereinen und Verbänden geführt
- Probleme tw. durch Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene entschärft
- Sprechstunden für ausländische Mitbürger im Rathaus.



Königsberger Weg



ARBEITERWOHLFAHRT
BEZIRKSVERB. WESER-EMS e.V.

Sprachheilambulanz Osnabrück
Außenstelle G.m.Hütte

Behandlung nach Vereinbarung



Es sagte...

...ein Politiker zum TV-Kameramann:
„Können Sie das schnell noch mal zurücklaufen lassen, damit ich sehe, ob ich mich auch richtig zitiert habe?“ w.

Schoonebeekstraße

Bürgernähe wahren – Partei und Fraktion werden verstärkt um Vorschläge und Meinungen der Bürger nachsuchen (bitte kommen auch Sie auf uns zu!) Förderung von Eigeninitiativen der Bürger; Versammlungen und Anhörungen mit Betroffenen und Interessenten werden bereits in der frühen Planungsphase von Projekten durchgeführt

- Gespräche der gesamten CDU Fraktion in einzelnen Ortsteilen und mit den Vereinen
- Unterstützung zahlreicher Eigeninitiativen durch CDU-Ratsherren (Straßenfeste, Patenschaften, Grünanlagen)
- Gespräche um Verkehrsberuhigung, Veränderungen von Bebauungsplänen usw. geführt
- Gespräche mit Jungbürgern

neu eingeführt werden:

- Sprechstunden des Bürgermeisters in einzelnen Stadtteilen
- Bürgerberatungsstelle in dem Verwaltungsgebäude I nach Vorstellung der JU

Fotos: Guido Albes, GMHütte

In die Zukunft kann keiner sehen

Hand aufs Herz, lieber Wähler, diese Zwischenbilanz kann sich sehen lassen, fast alle Wahlaussagen sind schon in die Praxis umgesetzt oder in Angriff genommen!

Auch durch Showeffekte werden wir uns nicht von der Linie, zum Wohle des Bürgers zu arbeiten, abbringen lassen.

Auch durch Showeffekte, persönliche Angriffe und durch unsachliches Geschwätz werden wir uns nicht von der Linie, zum Wohle des Bürgers zu arbeiten, abbringen lassen. Der Erhalt des Stahlstandortes verdient größte Aufmerksamkeit, doch spüren wir auch Hilflosigkeit.

Der Erhalt des Stahlstandortes verdient größte Aufmerksamkeit

Der Erhalt und, wenn möglich, die Schaffung neuer Arbeitsplätze bleiben auch für uns Kommunalpolitiker Verpflichtung. Deswegen haben wir unsere restriktive Finanzpolitik zumindest zu überdenken und nach neuer Arbeit Ausschau zu halten.

Als Möglichkeit wären das Projekt Fernwärme oder Betriebsansiedlungen der neuen Technologien zu nennen. Die CDU im Stadtrat hat auch hier die Anregungen gegeben und die Beschlüsse gefaßt. Fragen Sie doch mal nach dem Verhalten der UWG in Sachen Arbeitsplätze vor dem 21. 10. 1984!

Aus dieser Zwischenbilanz ergeben sich weitere Aufgaben für die Zukunft, wir werden die Hände nicht verantwortungslos in den Schoß legen:

- Weiterer Ausbau der Kanalnetze, um Baugebiete zu erschließen (Bauen schafft Arbeitsplätze!)
- Fernwärme
- Renovierung des Klosters in Kl. Oesede
- Mittel für den Sportstättenbau
- Umweltbericht
- Ausbau des Radwegenetzes
- Schulen bei sinkenden Schülerzahlen in unserer Stadt
- Situation der Altersheime in unserer Stadt
- Sicherung der Regenrückhaltung
- Schutz von Bau- und Naturdenkmälern
- Ausweitung der Gewerbegebiete
- Ansiedlung von mittelständischen Unternehmen oder Behörden

UWG = „Unser Wähler-Gemisch“?

Da wir bislang zu allen persönlichen Angriffen geschwiegen haben, weil die sachliche Arbeit für uns den Vorrang hat, werden wir auch nur in dieser Ausgabe der „Stadt im Werden“ Stellung zur UWG beziehen. Ansonsten liefern wir ihr nicht das Forum für taktische Spielchen, um Personen zu diffamieren. Unwahr ist die Behauptung, Bürgermeister Siepelmeyer habe sein Amt mißbraucht. Wahr ist, daß Siepelmeyer einen Punkt der Tagesordnung, der im Verwaltungsausschuß noch nicht abschließend behandelt war, abgesetzt hat, ohne daß ein Antrag auf Beibehaltung des TO-Punktes gestellt wurde. Jeder Ratsherr weiß, daß ein derartiges Vorgehen fast in jeder Ratssitzung zu Be-

ginn beim Einstieg in die TO durchgeführt wurde, wenn bestimmte Punkte noch nicht entscheidungsreif waren. Dieses Vorgehen ist auch seit 1981 von der UWG nie moniert worden. Warum denn jetzt?

Antwort: Weil die UWG der sachlichen Politik der CDU keine Alternative entgegensetzen konnte, weil sie mit einem anderen persönlichen Angriff auf Siepelmeyer vor ca. einem Jahr eine Bauchlandung erlitten hatte, weil sie mit ihrem Versuch, die CDU-Fraktion zu spalten, gescheitert war, weil es in eigenen Reihen Schwierigkeiten gab. Darüber täuschen auch Leserbriefe nicht hinweg, die zunächst die Glocke der Objektivität läuten, um dann nur eine Heilslehre zu verkünden. Zur Ehrlichkeit gehört Bekennermut!

Wie sieht es damit in der UWG aus?

Da ist ihr Sprecher in der Fraktion – doch wohl als Mitglied der Grünen – Assistent der drei Fraktionsmitglieder der Grünen im Kreistag, während eine weitere Ratsfrau sich entschieden dagegen zur Wehr setzt, mit den Grünen gleichgesetzt zu werden. Her mit dem Bekennermut!

Ist die UWG in Gmhütte eine Tarnung der Grünen? Sollen Wählerstimmen hier kumuliert werden, um sie dann später umzufunktionieren?

Wir erleben ja auch im Rat jedwedes Ablehnen von Verantwortung. Zitat: **„In die Situation, allein entscheiden zu müssen, kommen wir ja doch nie“**. Deswegen die Schlußfolgerung: Kritik und Vorwürfe reichen!

Wir fordern: **Bekennen Sie nach draußen, daß sie keine Verantwortung tragen wollen. Der Wähler hat ein Anrecht darauf!**

Aus dieser Position verständlich, daß Entscheidungen über Betriebsansiedlungen nicht mitgetragen werden, daß zur Klöckner-Situation bis zur öffentlichen Ratssitzung am 21. 10. 1984 nicht ein Vorschlag, ja kaum ein Redebeitrag gekommen ist, deswegen Ablehnung bei Beschlüssen, die den Einzelnen finanziell belasten, obgleich Umweltverbesserungen damit gekoppelt sind.

Aus dieser Position verständlich, daß man sich möglichst häufig enthält, um jedem Bürger nach dem Mund zu reden, ist Verantwortung ein Fremdwort?

Aus dieser Position verständlich, daß jeder Fehler in der Verwaltung als die Regel hingestellt wird, die gesamte positive Arbeit aber nicht erwähnt wird. Vergleichen Sie diese Taktik doch einmal mit der auf Bundes- oder Landesebene. Die Ähnlichkeit mit der sich selbst ernannten „Radikalopposition“ ist verblüffend.

Aus dieser Position verständlich, daß zunächst mitgetragene Beschlüsse – von der Basis verworfen – plötzlich anders protokolliert werden sollen. Die erste Entscheidung darf nicht aktenkundig werden. Verfahrens- und Protokollfragen werden somit Hauptpunkt mancher Sitzung. Die sachliche Arbeit kann ruhig leiden, Verantwortung lehnt man ab. Damit müssen ja die anderen fertig werden.

Die Spitze kommunalpolitischer Irreführung der Wähler aus dieser Position stellt sich dann in der eigenen Arbeitsleistung dar. Achten Sie bitte, lieber Wähler, darauf: **Alles, was bei dem Bürger positiv aufgenommen wird, ist nach Wiedergabe**

der UWG nur auf ihr Betreiben zurückzuführen. Als konkrete Beispiele nennen wir den Bau der Schulstraße und der Brückenstraße. Beide Maßnahmen sind auf Drängen der CDU Fraktion, die von Bürgern und dem Ortsvorstand Harderberg geradezu gelöchert wurde, durchgeführt!

Die Linksabbiegerspur an der B68 ist auf Drängen eines CDU-Antrages mit Verbindung zu Bundestagsabgeordneten zustande gekommen.

Diese Palette ließe sich fortführen, aber wir stellen dem Wähler nochmals vor Augen:

„22 Mandatsträger der CDU stehen 17 der anderen Parteigruppierungen gegenüber, darunter 3 der „neuen Kraft“.

Es kann in diesem Rat keine Entscheidung ohne die CDU-Fraktion geben. Das ist die Wahrheit.

Wahr ist auch, daß die UWG den Haushalt 84, in dem zahlreiche Maßnahmen auch für den Straßenbaubereich vorhanden sind, abgelehnt hat. Das sind 80% der Einzelentscheidungen.

Bekennermut gehört zur Kommunalpolitik

Aus dieser Position verständlich, wenn man die Spitze der CDU Mehrheitsfraktion persönlich angreift, ihr Rechtsverletzungen vorwirft, aber nicht einen einzigen Beweis dafür liefert.

Die CDU Fraktion stellt sich ihrer Verantwortung, am Beispiel Teckelhagen für jeden Bürger ersichtlich.

Wo bleiben Bekennermut und Glaubwürdigkeit der UWG, die sich als Schützer der Baudenkmale und Natur offiziell ausgibt, bei der Renovierung unseres bedeutendsten Baudenkmals, dem Kloster in Kloster Oesede, die finanzielle Unterstützung aber versagt. Ist der Widerspruch etwa wegen des Trägers „Katholische Kirchengemeinde“ begründet, dann sollte man es auch öffentlich bekennen.

Her mit dem Bekennermut!

Warum sagt die selbsternannte Neue Kraft „Nein“ zur Unterstützung der Video-Galerie, mit der die CDU dem Wildwuchs auf dem Video-Markt begegnen will. Ist wieder die kath. Kirche der Anlaß für die Ablehnung?, dann sollte man es auch öffentlich bekennen.

Her mit dem Bekennermut!

Wo aber bleibt der Bekennermut des einen möglichen Grünen in der UWG? Gibt es das Rotationsprinzip in Gmhütte für die Grünen nicht, oder muß tatsächlich etwas vertuscht werden? Erinnern wir uns doch noch einmal kurz an den Sprecher der Zeltstadt gegen den Bau der A33, erinnern wir uns an die heftigen Worten in der Presse. Wo war plötzlich die Verantwortlichkeit, als das „Dorf“ zwangsgeräumt wurde? Wo war der Bekennermut, als Verfahren drohten, als andere Mitbewohner und Sympatisanten weiterdemonstrierten? Ein Spiegelbild dieser Feigheit bietet sich auch in der Kommunalpolitik, wenn man sich nicht entscheidet, hinterher sich Beschlüssen anhängt, weil sie beim Wähler positiv ankommen, im umgekehrten Fall natürlich immer dagegen war!

Ist in diesem fehlenden Bekennermut auch begründet, daß das Hauptarbeitsfeld der Grünen, „der Umweltschutz“, von der UWG so stiefmütterlich behandelt worden ist, daß man dieses Feld den beiden großen Parteien überlassen hat, bis hin zur Aufgabenverteilung für den Umweltschutzausschuß?

Aus all diesen Positionen ist für uns die Torschlußpanik, sind die für uns persönlichen Angriffe erklärbar, aber nicht entschuldbar. Die UWG muß sich erklären, wie sie „Unser Wählergemisch“ in Richtung Grüne oder in Richtung Bürgerinitiative entflechtet, erst dann kann auch die CDU-Fraktion ihr Verhalten auf die neue Kraft einstellen.

Als Fraktion haben wir in dieser Ausgabe mit fast den gleichen persönlichen Mitteln geantwortet, wie sie seit 1981 von der UWG angewandt werden.

Keine Angst, lieber Leser, wir werden auf dieser Ebene der Auseinandersetzung nicht weitermachen, uns geht es um Sachentscheidungen. Deshalb sehen Sie uns nach, daß wir auf kommende persönliche Attacken nicht mehr antworten werden. In unserer Zwischenbilanz war ein deutliches Wort notwendig.

In unserer Zwischenbilanz war ein deutliches Wort notwendig.

